

**Inhalt:**

1. **Jahreshauptversammlung am 2.10.2020 in Pinneberg**
2. **„Obstgärtchen“, ein interaktives Theaterspiel für Kinder ab 3 Jahren**
3. **Gründung einer *BUND*-Ortsgruppe in Pinneberg**
4. **Keine schmutzigen Deals auf Kosten des Regenwaldes!**
5. **Auch Change.org soll mundtot gemacht werden**
6. **Kohle-„Ausstiegs“-Gesetz: Viel Geld für wenig Klimaschutz**
7. **Der NDR als Fürsprecher für Umweltzerstörer**
8. **Weitere Online-Aktionen und -Petitionen**

**Liebe Mitglieder und Interessierte,**

unsere Jahreshauptversammlung, die ursprünglich am 8. Mai 2020 stattfinden sollte, musste wegen der Corona-Krise verschoben werden. Sie wird nun nachgeholt am 2.10.2020 um 19:00 Uhr im VFL-Heim, Fahltkamp 53, 25421 Pinneberg. Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen. Wir bitten alle Teilnehmer\*innen, sich an die zu dem Zeitpunkt geltenden Hygiene-Regeln zu halten und auf aktuelle Informationen in Form von Aushängen im VFL-Heim zu achten.

**Tagesordnung:**

- |  |                             |
|--|-----------------------------|
| 1. Begrüßung (event. Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung)                        | 5. Haushaltsabschluss 2019  |
| 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Genehmigung oder Änderung der Tagesordnung | 6. Kassenprüfbericht        |
| 3. Rechenschaftsberichte   | 7. Entlastung des Vorstands |
| 4. Aussprache zu den Berichten   | 8. Wahlen                   |
|  | 9. Anträge                  |
|  | 10. Haushalt 2020           |
|  | 11. Verschiedenes           |

Die offizielle Einladung erfolgte über das *BUND*magazin, Ausgabe 3/2020.

**2. „Obstgärtchen“, ein interaktives Theaterspiel für Kinder ab 3 Jahren**



Bei dem Stück „Obstgärtchen“ stehen Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit im Mittelpunkt der Inszenierung nach dem gleichnamigen, bekannten Gesellschaftsspiel des Spieleherstellers HABA. Die Zuschauer-Kinder ab 3 Jahren bestimmen mehrheitlich, wie sich das Stück weiterentwickelt. Es wird mit den Händen, der Stimme oder auch mit den Füßen (anheben) abgestimmt, und so wird deutlich, wie

Mehrheitsvoten zustande kommen. Auch Minderheitsvoten sind vorgesehen, z.B. wenn jemand Geburtstag hat. Den Kindern wird klar gemacht, wie Mitbestimmung funktioniert und dass ihre Stimme wirksam ist. HABA ist so angetan von der Inszenierung, dass sie das Theater „Mär“ im Namen der Firma schon auf eine mehrtägige Tournee geschickt hat.

Der Gärtner steht in seinem Obstgärtchen und möchte Kirschen ernten. Dabei braucht er die Hilfe und die Ideen der Kinder, denn zusammen geht immer alles besser. Die Zuschauer stehen dem Spieler beratend zur Seite, sind aufgefordert mit zu überlegen, welche Sache er als nächstes ausprobieren soll. Aber dann ist da noch der Rabe, der ebenfalls versucht, an die Früchte heran zu kommen. Wie werden sie es schaffen, vor ihm am Ziel zu sein?

Gefördert durch die Hamburgische Kulturstiftung.

Termin: 6. September 2020, Dauer ca. 55 Minuten

Veranstalter und Kartenverkauf:

Umwelthaus Pinneberg e.V.

Tangstedter Str. 101

25462 Rellingen

Telefon: 04101 - 64403

Mail: [rainer.reischuck@gmail.com](mailto:rainer.reischuck@gmail.com)

### **3. Gründung einer BUND-Ortsgruppe in Pinneberg**

Rainer Reischuck, 1. Vorsitzender des Umwelthauses Pinneberg e.V. und Mitglied des *BUND* Kreis Pinneberg, bietet eine Anlaufstelle für *BUND*-Mitglieder in Pinneberg und umliegende Gemeinden an, die Lust und Zeit haben, aktiv in einer *BUND*-Gruppe mitzuarbeiten. Die Gruppe lebt durch die Interessen und Beiträge der Einzelnen, letztendlich aber durch gemeinsam abgestimmtes Handeln.

Wer aktiv werden möchte, kann sich an Rainer Reischuck wenden

Telefon: 04101 - 64403, Mail: [rainer.reischuck@gmail.com](mailto:rainer.reischuck@gmail.com)

Persönlich ist Rainer anzutreffen

- Mittwochs von 9.00 - 12.00 und 15.00 - 18.00 Uhr
- Donnerstags von 15.00 - 18.00 Uhr

im Gartenhaus des [Entdeckergartens](#), Tangstedter Straße 101, Rellingen.

Auch individuelle Terminvereinbarungen sind möglich.

### **4. Keine schmutzigen Deals auf Kosten des Regenwaldes!**

Die Deutsche Umwelthilfe schrieb in einer Mail vom 7.8.2020:

*„Über 2.200 Brände haben alleine im Juni im Amazonasgebiet gewütet und damit so viele wie seit 13 Jahren nicht mehr. Im Juli war die Lage noch dramatischer mit mehr als 6.800 Bränden. Mehr und mehr Waldflächen in Brasilien müssen Rinderweiden und Soja-Plantagen weichen. Tiere wie der Jaguar und indigene Völker verlieren ihre Heimat. Und Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro lässt diese Umweltzerstörung ungestraft zu! Nun droht sich die Situation noch weiter zuzuspitzen: Die Bundesregierung will ihre EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, das EU-Mercosur-Handelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten durchzudrücken. Dieser Deal würde dem Agrarhandel, vor allem mit Soja, Tür und Tor öffnen und Bolsonaros Anhängern in der Agrarindustrie weiter freie Hand lassen, illegale Brandrodungen durchzuführen. Eine Katastrophe für die Wälder am Amazonas!“*

Und natürlich eine Katastrophe für das Weltklima. Hätten Frau Merkel und die Bundesregierung auch nur ein minimales, ein winziges Interesse am Schutz des Amazonasgebietes und am Klimaschutz, würden sie

sich bei der EU dafür einsetzen, das Abkommen zu stoppen, statt es durchzudrücken. Es macht fassungslos, mit welcher Ignoranz die Bundesregierung katastrophale Kollateralschäden und Zerstörungen in den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) achselzuckend einfach hinnimmt, um (u.a.) den deutschen Autokonzernen den Absatz ihrer sogenannten Premium-Fahrzeuge (=Premium-Klimakiller) in diesen Ländern zu erleichtern.

Mit Verträgen wie dem EU-Mercosur-Handelsabkommen zwingt die derzeitige Politiker\*innen-Generation zukünftigen Politiker\*innen ihren Willen auf. Sind Abkommen dieser Art erst einmal in Kraft getreten, lassen sie sich nur noch sehr schwer wieder kündigen. Sollte irgendwann einmal in Deutschland und der EU eine Politiker\*innen-Mehrheit gewählt werden, die den Klima-, Umwelt-, Regenwaldschutz etc. auch umsetzen will, statt nur darüber zu reden und viel Geld für wenig Klimaschutz auszugeben, wird diese feststellen, dass das kaum noch möglich sein wird, weil Handelsregulierungen durch solche Abkommen weitgehend ausgeschlossen sind. Im Falle des EU-Mercosur-Abkommens würde es beispielsweise bedeuten, dass Maßnahmen zum Schutz des Regenwaldes durch Importbegrenzungen oder -stopps von (genmanipuliertem) Soja (als Futter für die Massentierhaltung in der EU), Rindfleisch, „Bio“-Ethanol etc. aus den Mercosur-Ländern kaum noch möglich wären.

Gegen das EU-Mercosur-Handelsabkommen gibt es mehrere Online-Aktionen und –Petitionen:

- <https://act.greenpeace.de/eumercosur>
- <http://www.change.org/regenwald-brasilien>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1133/kein-fleisch-aus-dem-regenwald-fuer-die-eu>
- <https://weact.campact.de/petitions/kein-handelsabkommen-mercotur-mit-brasiliens-prasident-bolsonaro>
- <https://weact.campact.de/petitions/mercotur-stoppen-klima-schutzen>
- <https://weact.campact.de/petitions/eu-handelsboykott-gegen-bolsonaro>
- <https://act.wemove.eu/campaigns/nein-zu-mercotur>

## **5. Auch Change.org soll mundtot gemacht werden**

Nach Attac, Campact und dem VVN-BDA steht eine weitere „unbequeme“ Organisation auf der „Abschussliste“ der Mächtigen in Wirtschaft und Politik: Die Organisation Change.org e.V. In früheren [Rundbriefen](#) hatten wir darüber berichtet, dass mehr und mehr Organisationen mundtot gemacht werden sollen, indem ihnen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Betroffen sind Organisationen, die sich für den Schutz der Umwelt, der Natur, des Klimas, der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen, für eine nachhaltigere Landwirtschaft, fairen Welthandel, eine gerechtere Gesellschaft, Menschenrechte, eine wirksamere Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte und transnationaler Konzerne, gegen Steuerraub (Cum-Ex), -vermeidung, -tricks und -betrug, gegen Sonderklagerechte für transnationale Konzerne etc. einsetzen, denn solche Engagements sind den Mächtigen in Wirtschaft und Politik ein Dorn im Auge. Erwünscht sind dagegen beispielsweise Organisationen, die sich für die Interessen von Rüstungskonzernen und den Waffenhandel einsetzen. Sie haben deshalb keine Aberkennung der Gemeinnützigkeit zu befürchten und kassieren weiterhin reichlich steuerlich absetzbare Spenden von der Rüstungsindustrie.

Schon 2019 wurde Change.org verboten, Spendenquittungen auszustellen. Hinzu kamen Herausforderungen durch die Corona-Krise. Die Organisation bittet deshalb um Unterstützung unter <https://changeverein.org/foerdern/>.

Petition gegen solche Angriffe auf die Zivilgesellschaft: <https://www.openpetition.de/petition/online/die-zivilgesellschaft-nuetzt-der-gemeinschaft>

## **6. Kohle-„Ausstiegs“-Gesetz: Viel Geld für wenig Klimaschutz**

Man könnte sogar sagen: Viel Geld für **keinen** Klimaschutz, wenn man das Gesetz im Zusammenhang mit anderen Fehlern betrachtet. Im Jahr 2005 wurde in der Europäischen Union der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel (EU-ETS) für die Branchen Energieversorgung, Eisen- und Stahlerzeugung, Mineralverarbeitung, Raffinerien,

chemische Industrie, Papier- und Zellstoff- und Nichtmetallerzeugung eingeführt. Dabei wurde eine im Laufe der Zeit sinkende jährliche Obergrenze für Kohlenstoffdioxid-Emissionen planwirtschaftlich festgelegt.

- **Fehler Nr. 1:** Diese jährliche Obergrenze wird nicht überschritten, sie wird aber auch nicht unterschritten, wirkt also gleichzeitig wie eine Untergrenze. Beim Klimaschutz sollte aber es nicht darum gehen, die Emissionen in einem festgelegten Zeitraum um einen planwirtschaftlich festgelegten Prozentsatz zu reduzieren, sondern darum, **sie so schnell wie möglich zu reduzieren.**

Den teilnehmenden Branchen werden jährlich insgesamt genau so viele CO<sub>2</sub>-Zertifikate zugeteilt, wie der jährlichen Obergrenze entspricht. Spart ein Unternehmen CO<sub>2</sub>-Emissionen ein, kann es Zertifikate an ein anderes verkaufen, das dann die CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt, die das erstgenannte Unternehmen eingespart hat. Gibt es ein Überangebot an Zertifikaten (z.B. in einer Rezession), sinkt der Preis, z.B. auf 0,00 € im 2. Halbjahr 2007. Werden sie knapp (z.B. in einer Boom-Phase), steigt der Preis, manchmal innerhalb weniger Monate, z.B. auf 34,10 € im Juli 2008.

- **Fehler Nr. 2:** Die Preisschwankungen führen zur Verunsicherung der Marktteilnehmer. Banken finanzieren keine unsicheren Geschäfte, Investitionen zur CO<sub>2</sub>-Minderung bleiben aus. Niemand investiert, um dann festzustellen, dass der Zertifikatspreis womöglich sinkt, die Konkurrenten Zertifikate kaufen (statt zu investieren) und mit der alten Technologie viel billiger weiter produzieren als hätten sie investiert. Deshalb ist ein Großteil der Unternehmen für einen festen CO<sub>2</sub>-Preis, selbst wenn dieser rel. hoch sein sollte.

Durch das Erneuerbare Energien Gesetz werden Investitionen in erneuerbare Energien gefördert. Wird irgendwo z.B. ein Windpark in Betrieb genommen, erzeugt z.B. ein Kohlekraftwerk in der Nähe weniger Strom und damit weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die frei werdenden Zertifikate werden von einem anderen Unternehmen gekauft, das dann indirekt die Emissionen erzeugt, die durch den Windpark eingespart wurden.

- **Fehler Nr. 3:** Aufgrund dieser Wechselwirkungen „verpuffen“ zunächst einmal Investitionen in erneuerbare Energien. Sie wirken erst dann, wenn eine Handelsperiode zu Ende geht und die planwirtschaftliche Festlegung der Gesamtmenge der CO<sub>2</sub>-Zertifikate für die nächste Handelsperiode ansteht. Ohne diesen Fehler würden sie aber sofort CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren.

Wie ließen sich diese Fehler vermeiden? Ganz einfach: Statt planwirtschaftlich Mengen festzulegen, werden planwirtschaftlich Preise festgelegt. Die Planwirtschaft gilt ja als kommunistisches Teufelszeug. Aber warum ist eigentlich eine Preisfestlegung (gemeint ist hier ein im Laufe der Zeit steigender CO<sub>2</sub>-Preis in Form einer Abgabe oder Steuer) Teufelszeug und eine Mengenfestlegung nicht? „Nebenwirkung“ einer CO<sub>2</sub>-Abgabe: Die staatlichen Einnahmen wären viel höher als bei der teils kostenlosen Zuteilung, teils Versteigerung der Zertifikate, die – einmal zugeteilt – nur noch zwischen den Unternehmen hin und her geschoben werden.

Zurück zum Kohle-Ausstieg: Hätte man sich von Anfang an auf ein CO<sub>2</sub>-Abgaben-System geeinigt, wäre der Kohle-Ausstieg bereits weitgehend vollzogen (bei einem hohen CO<sub>2</sub>-Preis) oder würde demnächst vollzogen (bei einem niedrigeren CO<sub>2</sub>-Preis). Die Geschwindigkeit des Kohle-Ausstiegs ließe sich durch die Höhe und die jährliche Steigerungsrate der CO<sub>2</sub>-Abgabe steuern. Ab einer bestimmten Abgabenhöhe würden Kohlekraftwerke betriebswirtschaftlich unrentabel, die ineffizientesten zuerst, die effizienteren etwas später. Am ineffizientesten sind die Braunkohlekraftwerke, was aber nicht zwingend bedeutet, dass sie (im Falle einer CO<sub>2</sub>-Abgabe) zuerst stillgelegt würden, denn Braunkohle ist billig, u.a. deshalb, weil die Braunkohlebagger durch eine Befreiung von der EEG-Umlage subventioniert werden. Durch ein CO<sub>2</sub>-Abgaben-System und die Streichung unsinniger Subventionen käme der Kohle-Ausstieg ganz von selbst, ganz ohne Kohle-„Ausstiegs“-Gesetz und v.a. auch ganz ohne milliardenschwere Entschädigungen für unrentable und/oder abgeschriebene Kraftwerke.

Dass ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis „funktioniert“, zeigt das Jahr 2019. In dem Jahr ging die Kohlestromproduktion in Deutschland deutlich zurück, weil der Zertifikatspreis von 15,79 € (pro Tonne CO<sub>2</sub>) im Jahr 2018 auf 24,80 € im Jahresdurchschnitt gestiegen war. Zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen führte dies leider nicht, weil die Zertifikate verkauft wurden und irgendwo in der EU genau das emittiert wurde,

was in Deutschland eingespart wurde. Wenn die Kohlestromproduktion bei einem Zertifikatspreis von 24,80 € beginnt, unrentabel zu werden, kann man sich leicht vorstellen, was bei weiter steigenden Zertifikatspreisen geschehen würde: Irgendwo wäre Schluss mit Kohle, vielleicht bei 40,00 €, vielleicht auch erst bei 50,00 €. Aber schon lange vorher würde die Kohlestromproduktion deutlich zurück gefahren, abhängig vom Verhältnis zwischen Börsenstrompreis und Zertifikatspreis. Und irgendwo wäre ein Niveau erreicht, dass selbst der höchste Börsenstrompreis für einen rentablen Betrieb der Kohlekraftwerke nicht mehr reicht.

Nun ließe sich zwar beim EU-ETS der Zertifikatspreis steuern, indirekt, über jährliche Anpassungen der Obergrenze der CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen. Aber leider wurde auf dieses Instrument verzichtet, denn kürzlich wurden die Regeln für die vierte Handelsperiode festgelegt (2021-2030), mit einer **starren** jährlichen Reduktion von 2,2%. Eine Steuerung wäre aber nur möglich, wenn man sich auf eine **flexible** jährliche Reduktion geeinigt hätte. Oder wenn man einen anderen Mechanismus für eine (jährlich anzuhebende) Untergrenze für den Zertifikatspreis „eingebaut“ hätte. Hat man aber nicht. Zwar gibt es jetzt ein Instrument mit der Bezeichnung „Marktstabilitätsreserve“. Das sieht aber nur eine Zuteilungsverschiebung, keine Verringerung der Gesamtmenge an Zertifikaten vor und soll nur einen Preisverfall ins Bodenlose verhindern. Das heißt, man hat bei den Neufestlegungen für die vierte Handelsperiode noch nicht einmal die Chance genutzt, die gravierendsten Fehler der Fehlkonstruktion EU-ETS zu entschärfen.

Klar, die bessere Variante wäre ein Abgaben-System mit einem festen, jährlich steigenden CO<sub>2</sub>-Preis für alle Branchen statt eines Flickwerks aus (europäischem) Emissionshandel für einige Branchen (s.o.) und dem (deutschen) Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) für die Sektoren Wärme und Verkehr. Das BEHG (besser bekannt als Klimapäckchen) sieht vor, dass die betroffenen Unternehmen Zertifikate zum Festpreis erwerben müssen, wenn sie Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin oder Diesel verkaufen. Der Einstiegspreis liegt bei 25 € pro Tonne CO<sub>2</sub> im Jahr 2021 und soll auf 55 € im Jahr 2025 steigen. Das ist natürlich viel zu wenig. Das Umweltbundesamt hält 180 € für angemessen und ein erster Entwurf des Bundesumweltministeriums sah einen Einstiegspreis von 35 € im Jahr 2020 über 80 € im Jahr 2023 und 180 € im Jahr 2030 vor. Dieser hätte zwar die Bezeichnung „Klimapaket“ eher verdient, galt aber auch nur für die Sektoren Wärme und Verkehr.

Jetzt bekommen wir nur das „Päckchen“. Aber selbst das hätte einen erheblich schnelleren Kohleausstieg zur Folge, als im Kohle-„Ausstiegs“-Gesetz vorgesehen, wenn es auf die die bisherigen EU-ETS-Branchen ausgeweitet worden wäre, also den EU-ETS ersetzt hätte. Natürlich kann ein EU-Land nicht einfach den EU-ETS abschaffen oder sich daraus ausklinken. Aber es ist ja gerade die Bundesregierung, die den EU-ETS beibehalten will und auch nicht zu Reformen im Sinne der o.g. Vorschläge bereit ist.

Und sie will auch keinen schnellen Kohleausstieg, für den langsamen aber die Kohlekonzerne mit großzügigen Entschädigungen beschenken. Deshalb will sie auch keine hohen Zertifikatspreise, weil dadurch Kohlekraftwerke „automatisch“ unrentabel würden und sich Entschädigungen für ohnehin unrentable Kraftwerke noch weniger erklären ließen. So wird ein Fehler mit einem anderen gerechtfertigt. Und alles zusammen wird v.a. eines: sehr, sehr teuer für die Allgemeinheit und sehr, sehr lukrativ für die Kohlekonzerne. Und v.a. die junge Generation zahlt doppelt: Mit den Folgen des auf das Jahr 2038 verschobenen Kohleausstiegs, der zur weiteren Erderhitzung beitragen wird, und mit Steuergeldern, die in die Taschen der Aktionäre und Manager von Kohlekonzernen fließen.

Bei Anwendung des Verursacherprinzips müssten Unternehmen eigentlich für von ihnen angerichtete Umweltzerstörungen Entschädigungen **zahlen**. Wenn nun Unternehmen Entschädigungen **verlangen** können, wenn sie verpflichtet werden, einen Teil dieser Schäden zu reduzieren, wird das Verursacherprinzip vollständig auf den Kopf gestellt. Lange Zeit haben sie ihre Abwässer ungeklärt in Flüsse eingeleitet mit den bekannten Folgen. Bezahlen mussten sie die dadurch verursachten Schäden nicht. Aber immerhin wurden sie irgendwann verpflichtet, Kläranlagen zu errichten oder ihre Abwässer kostenpflichtig in kommunale Kläranlagen einzuleiten. Und immerhin ist damals niemand auf die Idee gekommen, dass ihnen dafür Entschädigungen zustehen, denn das Primat der Politik war zu der Zeit noch teilweise intakt. Wenn heute Unternehmen für nicht angerichtete Umweltzerstörungen und Klimaschäden „entschädigt“ werden müssen, zeigt das, dass die Politik das Primat mindestens in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik fast vollständig an die Konzerne verloren hat bzw. freiwillig abgegeben hat.

## **6. Der NDR als Fürsprecher für Umweltzerstörer**

Am 22.7.2020 berichtete der NDR über einen neuen „Spezialrasen“ für das Stadion des Zweitligisten Holstein Kiel. Dabei wurde vorsätzlich und mit viel Aufwand eine Bodenfläche von ca. 0,7 ha mit 10 Tonnen Plastik verseucht. Vom NDR wurde dies als tolles innovatives Projekt gelobt, ohne ein Wort der Kritik an dem Umweltfrevel.

Am 17.8.2020 wurde im Schleswig-Holstein Magazin über die Wiederinbetriebnahme des Lübecker Flughafens Blankensee berichtet. Von dem Flughafen starten Linienflugzeuge für „Tagesausflüge“ nach München und Stuttgart. Wer mit einem „Tagesausflug“ nach Stuttgart das Klima mehr schädigt, als ein(e) Deutsche(r) in einem ganzen Monat und fast so viel, wie ein(e) Inder(in) in einem ganzen Jahr (jeweils im Durchschnitt), hat das selbst zu verantworten. Aber dass der NDR darüber berichtet, als ginge es um einen Tagesausflug mit Fahrrädern zum Elbstrand, ist verantwortungslos. Gut, dass mindestens 80 Klimaschützer von verschiedenen Organisationen gegen diese unsinnigen, unnötigen Kurzstreckenflüge und gegen die Wiederinbetriebnahme des Flughafens, der auch noch von der Stadt Lübeck subventioniert wird, protestiert haben. Vom NDR wurden sie dafür als „selbsternannte Umweltschützer“ beschimpft und von der Polizei wie Verbrecher behandelt. Bestandteil des Beitrags war auch ein Interview mit einem Flughafenmanager. Darin erdreistete sich der Moderator, die Frage zu stellen, ob Kurzstreckenflüge angesichts des Klimawandels noch zeitgemäß seien. Die Frage wurde nicht beantwortet. Aber das hatte der Moderator wohl auch gar nicht erwartet. Er bedankte sich höflich für das Interview und war zufrieden.

## **8. Weitere Online-Aktionen und -Petitionen**

- <https://www.campact.de/billigfleisch/>
- <https://www.campact.de/bienengift/>
- <https://www.campact.de/glyphosat/>
- <https://www.campact.de/lobbytransparenz/>
- <https://www.campact.de/tierwohl/>
- <https://weact.campact.de/petitions/xxx-4> (Klimapolitik muss als Bürgerbewegung gestaltet werden)
- <https://weact.campact.de/petitions/klimaschutz-als-staatsaufgabe-im-grundgesetz-verankern-1>
- <https://weact.campact.de/petitions/beschaeftigte-bei-amazon-vor-corona-schutzen-und-fair-bezahlen>
- <https://act.wemove.eu/campaigns/wiederaufbau> (Ein Wiederaufbau-Plan für Mensch und Umwelt)
- <https://weact.campact.de/petitions/kein-platz-fur-neonazi-propaganda-auf-spotify>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1137/es-ist-hoehste-zeit-die-eu-muss-die-abholzung-der-waelder-stoppen>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1222/keine-geschaefte-mehr-mit-dem-papierkonzern-app>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1223/megaplantagen-im-torfwald-borneos-sind-katastrophal>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1221/schuetzt-den-ebo-wald>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1217/stoppt-den-beton-paragrafen>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1215/keine-plantagen-in-palawans-wald>
- <https://www.regenwald.org/petitionen/1219/nein-zu-gentechnik-im-wald>
- <https://www.change.org/p/rasen-ist-nicht-ok-neue-stvo-sofort-in-kraft-setzen-herr-scheuer> (strengere Strafen für Raser)
- <https://act.wemove.eu/campaigns/erstes-glyphosat-verbot> (in EU-Ländern müssen Pestizidverbote auch ohne Erlaubnis der EU-Kommission möglich sein)

Mit freundlichen Grüßen

BUND-Kreisgruppe Pinneberg